

# Gärtner-Zeitung

Organ des Verbandes der Gärtner und Gärtnerarbeiter, Sitz Berlin  
Veröffentlichungsblatt der Gärtner-Krankenkasse (Ersatzkasse) Sitz Hamburg

Bezugspreis vierteljährlich durch die Post 1,50 M.  
vierteljährlich durch Streifband 1,80 M.

Schriftleitung: Berlin 342, Luisenauer 1. Tel. Mpl. 3725  
Postcheckkonto: Berlin 10301, Albert Lehmann

Erscheint alle 14 Tage Sonnabends

Anzeigenpreis: Die sechsgespaltene Millimeterzeile 0,15 Goldmark. Bei Abschlüssen Rabatt, der nur als Kasserabatt gilt.  
Verbandsmitglieder zahlen für Gelegenheits-Anzeigen pro Wort 0,10 Goldmark, das fettgedruckte Überschriftswort 0,30 Goldmark. Die Preise sind freibleibend.  
Alleinige Anzeigenannahme durch Krieger-Dank G. m. b. H., Berlin SW 61, Belle-Alliance-Str. 16. Fernspr.: Nollendorf 3005 bis 3008. Postcheckkonto Berlin 47910.

## ERFURT

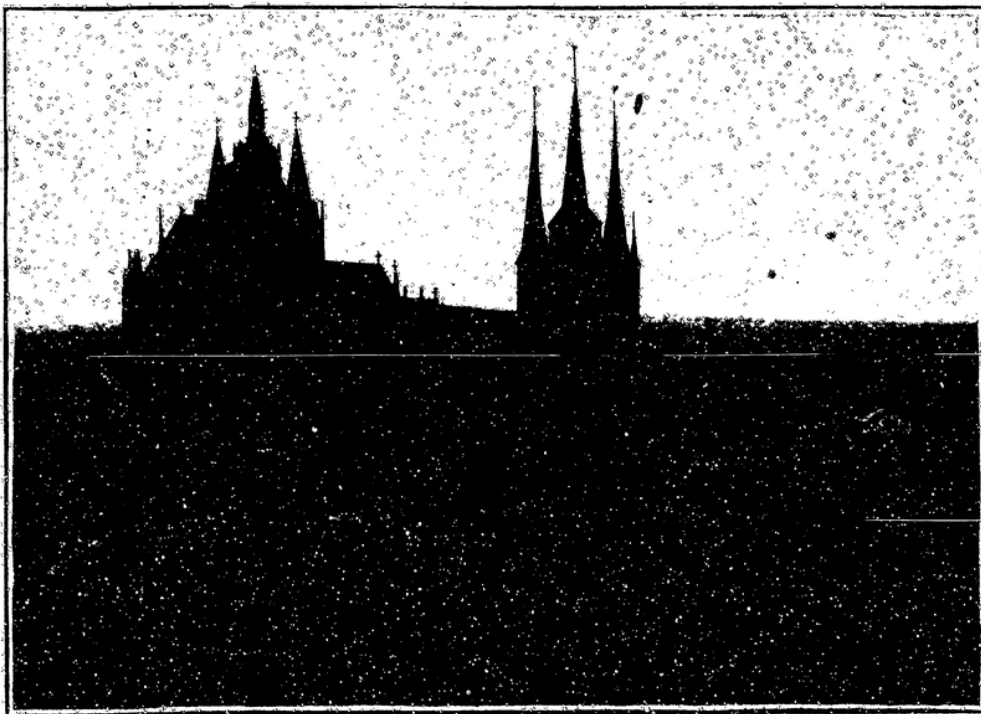
Die Überlieferung nennt Erpesfurt, eine alte Handels- und Marktsiedelung auf dem rechten Ufer der Gera, gegenüber dem Petersberg mit dem Benediktiner-Kloster aus der Merowinger Zeit und der Königlichen Pfalz im Jahre 802. Nach der Sage ist der Müller Erpo der Gründer der Stadt, der die ältesten Reisenden über die Furt der Gera geleitete. Schon von altersher war also der Handelsverkehr bestimmend für die Entwick-

lung Erfurts, dessen erste Handels- und Marktsiedelung ihrer Kirche die vielsagende Bezeichnung *ecclesia mercatorum* gab und welche sich als Kaufmanns-Kirche bis zur Gegenwart erhalten hat.

Auf dem Domhügel gründete die Geistlichkeit das Peterskloster und ein Nonnenkloster. So trennte die vielarmige Gera beide Siedlungen, die erst 1165 eine gemeinsame Mauer erhielten. Früh treten, geschichtlich nicht nachgewiesen, die grund- und stadtherrlichen Ansprüche des Mainzer Stuhles auf. Der aufstrebenden Stadt gelang es aber immer mehr, politisch selbständig zu werden und die Stellung der Reichs-

städte zu erlangen, obwohl Erfurt die Eintragung in die Reichsmatrikel leider zu seinem Nachteil versäumt hat. Das aristokratische Regiment brachte die Zeit der höchsten Blüte und bedeutsame räumliche Erweiterungen. Das Erfurter Gebiet hatte am Ende des 13. Jahrhunderts den Umfang eines kleinen Fürstentums mit 2 Städten, 5 Burgen und 82 Dörfern. Es war daher auch möglich, aus eigenen Mitteln 1392 die Universität zu gründen, die sich bald zu größter wissenschaftlicher Bedeutung erhob und zu den klassischen Stätten des deutschen Humanismus und der Reformation wurde, die eine neue Geistesrichtung einleitete, untrennbar verknüpft mit dem Namen Eoban Hesse, Ulrich v. Hutten und vor allem Martin Luther, der 1501—1508 in Erfurt weilte. In diese Zeit fallen auch die Aufsehen erregenden *epistolae obscurorum virorum* der Erfurter Humanisten, die berühmten Dunkelmannbriefe gegen die mittelalterliche Scholastik. Noch heute wird der Humanisten-Erker neben der Allerheiligenkirche am Eingang zum ehemaligen Universitätsviertel mit vielen sehenswerten mittelalterlichen Wohnhäusern gezeigt. Und Luthers Ausspruch: „Erfurt liegt am besten Ort; ist eine Schmalzgrube. Da müßte eine Stadt stehen, wenn sie gleich wegbrennente“, bezeichnet so recht die damalige Glanzzeit der vielgetürmten Stadt, der *urbs turridu* oder des deutschen mittel-

alterlichen Roms, der „Mitte der Mitte“, mit 37 Kirchen und Kapellen, 14 Klöstern und zahlreichen Pflegehöfen auswärtiger Klöster. Aber weit vor dieser lutherischen Geschichtsepoche verließen andere bekannte Gestalten und Geschehnisse aus der deutschen Geschichte der Stadt Erfurt den Ruhm einer Kulturstätte von wuchtiger Größe und besonderem Reiz, vor denen die Fremden sinnend verharren.



Erfurt: Dom und Severi

Von Bonifazius wird schon um 719 in der Chronik Erfurts berichtet. Die ersten deutschen Kaiser führte der Weg oft in die nach der Errichtung des *palatium publicum* Karls des Großen auf dem Petersberge gegründete Stadt, wo der Reichstag 1181 die Begegnung Barbarossas mit Heinrich dem Löwen herbeiführte, dessen Demütigung Peter Jansens farbenprächtiges Wandgemälde im Festsaal des Rathauses den Nachkommen überliefert. Auch Rudolf von Habsburg und Karl IV. sah das alte berühmte Erfurt in seinen Mauern, welche die Leuchten mittel-

alterlicher Wissenschaft einer Jahrhunderte überdauernden Universitätsgeschichte bargen. Auch der bekannte Rechenmeister Adam Riese ist um 1518 mit der Erfurter Geschichte verbunden, was von einer seltenen, ausgesprochenen Vielseitigkeit zeugt.

Kurmainz betonte Ende des 15. Jahrhunderts seine rechtliche, natürliche, immer noch bestehende Landesherrlichkeit stärker und stellte sie 1483 in einem die Stadt drückenden Verträge sicher, der aber die Kraft Erfurts brach und die Revolution von 1509 herbeiführte. Der Dreißigjährige Krieg, diese große Revolution der Kirche, konnte die danach einsetzende Erholung auch nicht fördern, obwohl 1631 Gustav Adolf von Schweden Erfurt unabhängig erklärte. Er wohnte mit seinem Kanzler Oxenstierna in dem aus dem Jahre 1539 stammenden Gasthaus zur „Hohen Lilie“, das noch heute am weiten Friedrich-Wilhelms-Platz unter dem Schatten des symbolischen, monumental aufragenden Dom-Massivs, dem ewigen Wahrzeichen Erfurts, den Fremden an die glanzvollen Zeiten des Mittelalters erinnert. Seine Gemahlin Christiane von Schweden bewohnte am „Anger“, wo heute das moderne Wirtschaftsleben der neuzeitlichen Handels- und Verkehrsstadt pulsiert, das Haus Nr. 11 „Zum schwarzen Löwen“, dessen Gedenktafel daran erinnert. 1604

Für die Zeit vom 20. bis 26. und 27. September bis 3. Oktober ist der 38. und 39. Wochenbeitrag fällig.

nah Kurmainz durch Erzbischof Johann Philipp und mit Unterstützung französischer Hilfstruppen endgültig Besitz von der Stadt, die mehr und mehr vernachlässigt wurde und zurückging, bis der letzte kurmainzische Statthalter Dalberg, der von 1772—1802 in dem heute als Regierungsgebäude dienenden Palais am Hirschgarten residierte, sie wieder zu fördern begann. Er versuchte, manches wieder gut zu machen und es ist interessant, daß Goethe, Schiller, Herder, Wieland, Wilhelm von Humboldt oft als seine Gäste von Weimar herüberkamen. Darauf fiel Erfurt bis 1806 an Preußen, dem in dieser kurzen Zeit seine Wiederaufrichtung gelang. Eine neue Leidenszeit setzte nach der Niederlage Preußens bei Jena ein, und der große Korse Napoleon I. machte Erfurt zu einem kaiserlichen Fürstentum, wodurch es vor allem 1808 den glänzenden Fürstenkongreß in seinen Mauern sah. Der Freiheitskrieg endete endlich die wechselnde Beherrschung der alten deutschen Stadt, und nach schreckensvoller Belagerung und Beschießung durch die Preußen, die insbesondere den Stadtteil vor den Graden auf dem jetzigen Friedrich-Wilhelms-Platz vernichtete, ging Erfurt 1814 endlich wieder und damit endgültig an Preußen über. 1816 wurde freilich die Universität aufgelöst; aber dann erstand Erfurt nach und nach zu einem neuen Leben auf allen Gebieten öffentlicher und innerer Tätigkeit, entsprechend seinen hervorragenden Traditionen, deren Erhaltung damit gleichzeitig gewährleistet ist, so daß selbst die Erhebung der Stadt Erfurt zur Reichshauptstadt eine Zeit lang ernstlich erwogen wurde. 1850 tagte in der noch heute erhaltenen Augustinerkirche des alten Lutherklusters, des Bettelordens der Augustiner, das Unionsparlament, bei dessen Gelegenheit auch Bismarck als junger Abgeordneter in Erfurt weilte. Auch Ferdinand Lasalle, der große Arbeiterführer, hat um jene Zeit in Erfurt sein Domizil aufgeschlagen.

Erfurt nahm dann einen unerwarteten schnellen Aufschwung, vornehmlich veranlaßt durch eine weitere Begünstigung seiner historisch günstigen Verkehrslage bei der Linienführung der modernen Schienenwege, der mitteldeutschen kontinentalen Eisenbahnstrecke, der sog. Thüringer Linie, die im September 1849 ihren Betrieb zwischen Halle und Gerstungen aufnahm. 1871 erreichte die Bevölkerungszahl fast 50 000, dann fiel bald darauf der enge Festungsgürtel, und seitdem gestaltete sich die alte Handels-, Kirchen- und Klosterstadt, der Mittelpunkt des mittelalterlichen geistigen Lebens, in fortwährender günstiger Entwicklung zu einer modernen Wirtschafts- und Verkehrsmetropole Deutschlands. Weltweit und Tradition gebührend ist Erfurt als Garten- und Blumenstadt. Weltumspannend ist der Samenhandel und zeigte die große weltwirtschaftliche Bedeutung Erfurts auch auf diesem Gebiete. In über 30 großen Gärtnereien und Sämereibetrieben werden sehr viele Gärtner und Gärtnereiarbeiter beschäftigt, die unserem vom 27. bis 29. September stattfindenden Verbandstag das größte Interesse entgegenbringen und allen Teilnehmern einen herzlichen Willkommensgruß entbieten.

## Aus der Geschichte der Erfurter Gärtnerei.

Dort, wo jetzt Erfurt liegt, war nach dem römischen Geschichtsschreiber Tacitus einstmal Sumpf und Morast, der allerdings leicht in Garten- und Ackerland verwandelt werden konnte. Und so erklärt es sich, daß schon der heilige Bonifazius (739 bis 745) das Bestreben hatte, Mönche dort anzusiedeln, weil diese damals die einzigen Leute waren, welche sich mit allerlei Nutz- und Heilpflanzen befaßten. Sie kamen aus der Rheingegend, die sich schon zu jener Zeit durch Obst-, Wein- und Gartenbau auszeichnete. Vor allem waren es wohl die Insassen des Petersklusters, die den „Brühl“ durch Entsumpfung nutzbar machten und durch ihren eisernen Fleiß, verbunden mit großen Kenntnissen den Grundstein zum heutigen Gartenbau legten. Letzterer diente anfänglich natürlich nur dem Eigenbedarf des Klosters und beschränkte sich auf die im *Capitulare Caroli Magni* aufgezählten Küchengemüse unter Einschluss von Obst und Wein. Allerdings wird bezweifelt, daß letzterer bei dem rauhen Klima gedieh, aber der Name des Ortes Hochheim bei Erfurt deutet darauf hin, daß dort rheinische Winzer gesessen haben.

Die älteste Urkunde des Erfurter Gartenbaues stammt aus dem Jahre 1133. Darin befreit der Erzbischof von Mainz 11 Gärtner im Hirschbrühl vom Beweidungsservitut und sie enthält auch sonst allerlei Wissenswertes über die Erfurter Agrarverhältnisse. So berichtet sie von niederländischen Kolonisten, die dem Bischof zinspflichtig waren. Diese Pacht verwandelte sich später in Erbpacht und dann in Privatbesitz. Auch produzierten diese Niederländer über ihren Eigenbedarf hinaus und suchten daher Absatz für ihre Produkte. Sie führten deshalb die Gemüsemärkte ihrer Heimat auch in Erfurt ein und der Chronist berichtet schon im 13. Jahrhundert von Blumenkränzen und Birnen neben Blattkohl, grünen Erbsen u. dergl.

In der Folgezeit tauchen dann öfter Urkunden auf, die den Wein- und Gartenbau erwähnen, so z. B. in den Jahren 1143, 1170, 1192 und 1265. Das Jahr 1186 wird in einer solchen als außerordentlich fruchtbar und daher sehr wohlfeil geschildert. Andere wieder sprechen von Bohnen, Rettigen, Zwiebeln, Äpfeln, Linsen sowie von Wochenmärkten vor den Domstufen, von Ernteträgen u. dergl. Kein Wunder, wenn deshalb Dr. Martin Luther in seinen Tischreden von den Erfurtern als „des heiligen römischen Reiches Gärtner“ sprach. Man kann an dieser Entwicklung ganz deutlich den Übergang von der Hackwirtschaft zur Stadt- und Volkswirtschaft beobachten.

Von besonderem Einfluß war dabei auch der Umstand, daß verschiedene alte Handelsstraßen schon die Furt der Gera bei Erfurt benutzten, sodaß Karl der Große diesen Ort im Jahre 805 zur Stapelstadt machte, ein Privileg nach dem zahlreiche andere Städte ebenfalls sehnsüchtig ausschauten und das auch mit einem Meßprivileg verbunden war. Ferner spielte der immer mehr zunehmende Anbau des Färberwaid, *Isatis tinctoria*, der bereits Caesar und Hippokrates als gutes Blaufärbemittel bekannt war, eine große Rolle. Es sollen nämlich jährlich drei Tonnen Goldes für Waid nach Thüringen gegangen sein, auch zogen sich viele Leute aus der Lausitz nach dort. Aber Martin Luther berichtet später, daß der Waid die Äcker verdorben habe und der Segen zum Fluch geworden sei. Trotzdem wurde im Jahre 1620 das Vermögen von 13 Waidhändlern auf 3905 000 Mark eingeschätzt, kurz, das ganze Leben und Treiben der Stadt drehte sich um diese Pflanze, sie war die Quelle der Macht Erfurts. Heute ist er, ebenso wie der Weinbau völlig erloschen. Letzterer hat aber im 17. Jahrhundert etwa 5000 Morgen bedeckt und bis zu 20 000 Hektoliter Jahresertrag gebracht. Die letzten Weinberge Erfurts sollten 1842 wieder neu belebt werden, es gelang aber nicht, weil ihre Reben die Konkurrenz wärmerer Gegenden qualitativ nicht aushalten konnten. Ähnlich lag es wohl auch mit dem Obstbau, der überdies viel unter Überschwemmungen, kriegerischen Ereignissen u. dergl. zu leiden hatte und erst später wieder mit Erfolg aufgenommen wurde.

Die Entwicklung der Gemüsegärtnerei ist hauptsächlich durch Melioration des Landes veranlaßt. Schon im Jahre 1353 ist in einem Statut des Magistrats von Bewässerungsgräben der Gärtner die Rede. Zahlreiche begüterte Bürger besaßen umfangreiche Gärten im Brühl, der eigentliche Aufschwung begann aber erst mit der Urbarmachung des Dreienbrunnens im 16. Jahrhundert. Dabei wird eine Familie Ziegler genannt und auch die bekannte Brunnenkresse erwähnt. Ganz besonders hat sich aber der Ratsmeister Christian Reichert (1685—1775) um den Gemüsebau verdient gemacht. Sein „Land- und Gartenschatz“ der im Jahre 1793 bereits in 5. Auflage erschien, kann noch heute als ein Meisterwerk betrachtet werden. Er führte die Wechselwirtschaft ein und widmete sich stark dem Anbau der Brunnenkresse, von der damals 50 000 Schock Bündchen (von  $7\frac{1}{2}$  Hektar) im Werte von 4000 Talern geerntet wurden. Seine Tätigkeit leitete geradezu eine neue Epoche in der Geschichte der Gärtnerei ein. So importierte er von Cypern, England und Holland Blumenkohlsamen, erntete aber von seinen eigenen Pflanzen so viel, daß er einen schwingvollen Handel damit trieb. Die Firma Heinrich Platz versandte bereits im Jahre 1788 einen Samenkatalog, der sogar Gemüsen enthielt, die heute nicht mehr gebaut werden. Livland und Skandinavien waren schon treue Abnehmer. Schon 1756 war ein botanischer Garten an der jetzigen Gartenstraße angelegt worden, zu dessen Erweiterung Napoleon I. im Jahre 1809 500 Taler überwies. Durch dessen Kulturen wurde der Bevölkerung Anregung zur Blumenliebhaberei gegeben, die sich besonders an Nelken, Levkojen (1760 schon 12 Sorten) und Aurikel erstreckte. Natürlich wurden auch allerlei andere Blumen gezogen und gehandelt bis die napoleonischen Kriege halb Europa lahmlegten.

Doch wuchs aus den Trümmern des alten Staatswesens unter der leitenden Hand des Freiherrn von Stein bald neue Lebenskraft empor, die auch dem Erfurter Gemüsebau zugute kam. Die Gärtnerfamilien Haage und Ziegler werden als große Züchter genannt. Der Weber Lorenz erhielt den Ehrennamen „Der Levkojenkönig“. Man betrieb schon Einzelauslese, Kreuzungsbau Gewächshäuser und Frühbeete. Als diese nicht mehr ausreichten, wurden die Kulturen aus freie Feld verlegt. 1817 tauchte die ersten Georginen auf, Astern, Orchideen, Pelargonien, Fuchsien und ähnliche folgten. Das erste Rosenverzeichnis erschien 18 bei Haage. Im Jahre 1842 wurden schon 8 große Kunstgärtnereien gezählt, auch der Garten des Wachsfabrikanten J. Schmidt war berühmt. Der erste Gartenbauverein war im Jahre 1838 gegründet worden, 4 Jahre später folgte die „Allgemeine Thüringische Gartenzeitung“, die im Zeichen der anbrechenden Gewerbfreiheit sehr viel für die Ausbreitung der Gärtnerei getan hat, indem sie die zünftlerischen Bestrebungen der Gärtner geißelt. Uns interessiert vor allem die Tatsache, daß man dabei bereits im Jahre 1848 die Frage aufwarf, ob die Gärtnerei ein Gewerbe sei, oder ob es gut wäre, sie dazu zu machen. Die Antworten wurden in Anträgen zusammengefaßt, die verlangten, daß die gesamte Kunst- und Handelsgärtnerei eine Korporation sein sollte, daß kein Priemann, kein Fürst, keine Kommune Gärtnerei be-



treiben dürfe!! Also ähnlich wie heute noch! Weiter sollten nur Handelsgärtner Lehrlinge ausbilden dürfen und zwar bei 1 bis 2 Gehilfen einen, steigend bis zu 5 bei 8 bis 9 Gehilfen. Ferner wurden Lehrlingsprüfungen, Lehrbriefe und ähnliches erörtert. Eine entsprechende Petition wurde von Terschak-Pillnitz mit der Begründung bekämpft, daß die Gärtnerei eine Kunst sei.

Allmählich bildeten sich dann die verschiedenen auch heute noch bestehenden Branchen und die preussische Statistik von 1906 führt allein für Erfurt 62 Gemüse- und Obstgärtnereien und 46 andere Betriebe an, die an Gewächshäusern 30 867 Quadratmeter und an Mistbeeten 82 858 Quadratmeter Fläche besaßen.

Im Jahre 1913 bezifferte sich die Blumensamenausfuhr auf 1313 dz (1 450 000 M.), die der Gemüsesamen auf 15 339 dz (26 550 000 M.). Als Hauptabnehmer kamen in Betracht: Nordamerika, Großbritannien, Österreich-Ungarn, Rußland, Frankreich, Schweiz und Schweden. Eingeführt wurden — hauptsächlich aus

Frankreich und Holland — 815 dz Gemüsesamen. Leider versagen die Statistiken sowohl hinsichtlich der Zahl der Betriebe und Beschäftigten als auch betr. des Anbauumfanges, da der Samenbau nicht besonders gezählt wurde. Wenn auch durch den Krieg die Welthandelsverbindungen zerrissen, so sind sie doch bereits wieder fast restlos hergestellt, denn der deutsche Samenbau hat eben eine Monopolstellung, die ihm kein anderes Land nachmachen kann.

Hoffentlich bringt eine neue Berufsstatistik einmal Klarheit in den gegenwärtigen Stand des Samenbaues, dann wird es sich zeigen, daß auch die Arbeiterschaft dabei eine nicht zu unterschätzende



Erfurt: Predigerkirche

Stellung einnimmt, die zu schützen, vornehmste Aufgabe unseres Verbandes ist.\*)

## Die Gärtnerbewegung in Erfurt.

Erfurt ist für unsere Bewegung schwerer und steiniger Boden. Die Anfänge der Erfurter Organisation im modernen Sinne reichen zurück bis zum Jahre 1904. In diesem Jahre wurde eine Ortsgruppe des freigewerkschaftlichen Allgemeinen Deutschen Gärtnervereins gegründet. Die Mitgliederzahl hielt sich aber lange in engen Grenzen, dafür sorgten schon die Unternehmer. Besonders in den Samenbaubetrieben gewann die Organisation nur langsam Eingang.

Aus älteren Tagen der Erfurter Gärtnerbewegung liegen allerdings auch Meldungen vor, die erkennen lassen, daß Organisationsbestrebungen seitens der Gärtnergehilfen schon früher sich bemerkbar machten und was für Erfurt sehr viel sagen will, es kam sogar einmal zu einem regelrechten Streik.

Die „Gärtnerzeitung“ vom 13. Juli 1889, die erste freigewerkschaftliche Gehilfenzeitung, die von P. Maetzke, einem alten, neuen Kollegen, der jetzt noch Verbandsmitglied und in Dresden tätig ist, redigiert wurde, berichtete darüber folgendes:

Erfurt, den 19. Juni.

„Auch unser so innungsreiches Erfurt hat endlich einen Streik zu verzeichnen, wenn auch nur im kleinen. 51 Gärtner der weltbekannten Gärtnerei J. C. Schmidt legten, da man ihnen 20% Lohnerhöhung nebst Bezahlung der Sonntagsarbeit und eine halbe Stunde längere Mittagspause nicht gewährte, die Arbeit nieder. Bis jetzt gab es höchstens inklusive Sonntag 10 M. Lohn. Dabei ließ es um 5 Uhr früh heraus. Nach einwöchentlicher Dauer wurden sämtliche Forderungen bewilligt. Der Chef der Firma hat vor dem Streik sich überzeugt, was jeder Gehilfe frühstücke. Wieviel Gehacktes ist das?“ fragte er einen. „Für 15 Pf.“ „Ist viel zu viel; für 5 Pf. je zu Frühstück und Vesper genügt.“ Ein

\*) Literatur: Dr. H. Haupt: „Die Erfurter Kunst- und Handelsgärtnerei.“

Obergärtner soll gesagt haben: „Wasser und Kommißbrot genügen.“ Also Gärtnergehilfen merkt Euch dies. Organisiert Euch, damit Ihr nicht wieder verliert, was Ihr vorläufig erobert.“

Diese Zeitung berichtete am 10. August 1889 über die Einberufung einer öffentlichen Versammlung, die am 2. August im Kaisersaal zu Erfurt stattgefunden hatte. Die Versammlung war von 160 Personen besucht. In der Zeitung vom 14. September wurden die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in Erfurt geschildert. Gezahlt wurden 10—11 M. pro Woche bei täglich 12stündiger Arbeitszeit. Der Jahrgang 1890 schweigt sich über die Erfurter Bewegung aus, erst im März 1891 finden wir wieder einen Bericht, der besagt, daß die Ortsgruppe wieder neu gegründet ist. Am 19. Oktober 1891 sprach im „König von Preußen“ ein Kollege Mielenz-Berlin über gewerkschaftliche Organisation. In diesem Bericht wird gesagt, daß in den Erfurter Gärtnereien über 400 Frauen beschäftigt werden: daß der Lohn eines ungelerten Arbeiters pro Woche 13,50 M. beträgt, die Gärtner pro Woche aber nur 11,50 M. erhalten. Dieser unhaltbare Zustand verdient besonderer Beachtung, denn auch im nächsten Jahrzehnt hat sich hierin nichts geändert. Die seinerzeit bestehenden Lokalvereine, die vorgaben, insbesondere die Interessen der Gärtnergehilfen zu vertreten, wagten nicht, gegen diesen Übelstand anzukämpfen. Verständlich, denn in diesen Vereinen waren ja auch Unternehmer vertreten, die ängstlich darüber wachten, daß daran nichts geändert wurde. Am 13. November 1891 sprach ebenfalls im „König von Preußen“, Kollege Herm. Holm über

„Gärtnergehilfen und Arbeiterbewegung“. Der Vorsitzende der Ortsgruppe, ein Kollege Roloff, berichtete, daß er von den Unternehmern gemäßigert sei und keine Arbeit mehr erhalte. In den folgenden Jahren hatte das gärtnerische Vereinsleben einen geradezu trostlosen Tiefstand erreicht. Der Hamburger „Zentralverein der Gärtner“ stand vor der Gefahr, seine Tätigkeit wegen Mitgliederschwunds einstellen zu müssen, und der A. D. G.-V. war mit seinen 700 Mitgliedern am Rande des finanziellen Ruins. Es tauchte infolgedessen der Gedanke auf, beide Lager einander näherzubringen, und so wurde am 1. und 2. August 1896 in Erfurt ein „Allgemeiner Deutscher Gärtnerstag“ abgehalten, an dem sich auch Lokalvereine beteiligten. Man einigte sich hier grundsätzlich auf dem Gedanken, eine gemeinsame Organisation unter dem Namen „Deutsche Gärtnervereinigung“ ins Leben zu rufen, wozu es aber leider aus verschiedenen Gründen noch nicht kam. Nach diesem Kongreß scheinen die Erfurter Kollegen wieder eingeschlafen zu sein, denn die Berichte hören auf. Erst im Jahre 1903 kam wieder Leben in die Erfurter Kollegenschaft.

Eine Konferenz der Gauvorsitzenden des Allgemeinen Deutschen Gärtnervereins beschloß am 6. September 1903, in der Woche vom 1.—15. Oktober eine allgemeine Urabstimmung herbeizuführen zwecks Anschluß an die freien Gewerkschaften. Der am 18. Oktober 1861 in Erfurt gegründete Gärtnerverein „Flora“ gehörte seit März 1898 ebenfalls dem Allgemeinen Deutschen Gärtnerverein an, beteiligte sich daher auch an dieser Urabstimmung. Das Ergebnis war: 54 Stimmen für den Anschluß an die freien Gewerkschaften, 1 Stimme dagegen. Zweifellos ein Beweis dafür, daß zu jener Zeit die Mitgliedschaft der „Flora“ erkannt hatte, daß nur durch den Anschluß an die moderne Arbeiterbewegung die wirtschaftlichen Interessen auch der Gärtner wirksam vertreten werden können. In den nachfolgenden Jahren trat jedoch in dieser Beziehung wieder ein Wandel ein. Jede Propaganda innerhalb dieses Vereins für die freigewerkschaftliche Bewegung wurde untersagt und bei Verstoß mit dem Ausschluß geahndet. Nicht genug damit, die Übeltäter wurden den Unternehmern hinten herum nachhaft gemacht und diese



Erfurt: Kreuzsaal

sorgten schon dafür, daß ihre Betriebe organisationsfrei blieben. Unter diesen Umständen ist zu verstehen, daß unsere Bewegung in den nachfolgenden Jahren nicht recht vorwärts kam. Auch muß in diesem Zusammenhang noch das Volontärwesen erwähnt werden, das ebenfalls die Entwicklung der Organisation hemmend beeinflusste. Bis zum Jahre 1913 zählte dann die Verwaltung Erfurt im Jahresdurchschnitt 50 Mitglieder, ein Schmerzenskind nicht nur unserer Organisation, sondern auch des örtlichen Gewerkschaftskartells. Noch heute begegnet man vielen Gewerkschaftlern aus anderen Berufen, die sich alle die erdenklichste Mühe gegeben haben, unsere Bewegung vorwärts zu bringen und sich gern der Zeiten erinnern, wo sie mit unseren Kollegen zusammen saßen und beratschlagten, wie am besten Bresche zu legen sei, um das Bollwerk der Unternehmer zu nehmen. Der Krieg vernichtete dann auch hier wie in vielen anderen Orten jede Aussicht auf weitere Erfolge, im Jahre 1915 waren nur noch fünf Mitglieder vorhanden, ein Jahr später fehlte jede Verbindung. Mit Beendigung des Krieges änderte sich das Bild. Innerhalb weniger Monate zählte Erfurt über 1000 Mitglieder. Der erste Tarifvertrag wurde abgeschlossen. Am 27. August 1919 entbrannte ein Kampf, wie ihn unsere Bewegung noch nicht gesehen; am 3. September konnte er erfolgreich beendet werden. Im März 1924 setzte wieder eine Bewegung größeren Umfangs ein. Da eine Verständigung mit den Unternehmern nicht zu erzielen war, mußte erneut der Kampf aufgenommen werden, der nach 9 Tagen ohne Resultat abgebrochen wurde. Über 50 der rührigsten Funktionäre blieben auf der Strecke, doch konnten die so entstandenen Lücken bald wieder ausgefüllt werden. Heute ist die Bewegung wieder gefestigt und mit frischen Kräften sind wir dabei, verlorengegangenes Gebiet zurückzuerobern.

Erfurt könnte, müßte mit an der Spitze der Gärtnerbewegung stehen, schon darum, weil es mit die größte Anzahl organisationsfähiger Gärtner und Gärtnerarbeiter hat. Der Wille, es dahin zu bringen, ist vorhanden. Möge uns die 12. Generalversammlung Wege zeigen, dieses so hohe und schöne Ziel zu erreichen. In diesem Sinne rufen wir allen nach Erfurt kommenden Delegierten zu: Herzlich willkommen! F. Schulze, Erfurt.

## Anträge zur Generalversammlung.

Die nachstehenden Anträge sind versehentlich zurückgeblieben. Wir bringen sie deshalb noch nachträglich als fristgemäß gestellte Anträge zur Kenntnis.

### Anträge zu Punkt 2: Bericht des Vorstandes.

124. Hamburg. Die Entwicklung der Gewerkschaften zu Industrieverbänden wird als richtig anerkannt. Die Interessen unserer Kollegen können aber nicht durch Anschluß an den Landarbeiterverband am besten gewahrt werden, vielmehr ist der Anschluß an den zu gründenden Lebens- und Genusmittelindustriearbeiterverband zu suchen. Der Hauptvorstand wird beauftragt, die hierzu geeigneten Schritte zu unternehmen.

125. Hamburg. Inserate, welche sich verbandsschädigend auswirken, dürfen nicht in der Verbandszeitung und Fachblatt aufgenommen werden.

126. Breslau. Das „Fachblatt“ soll einen Inseratenumschlag bekommen, um die letzte Seite für Text freizustellen.

### Antrag zu Punkt 8: Satzungsänderungen.

127. Danzig. § 1 Satz 2 soll heißen: Sein Wirkungskreis erstreckt sich auf die Deutsche Republik und die durch den Friedensvertrag von Versailles neu geschaffenen Freistaaten.

128. Breslau. § 24. Der nächste Tagungsort des Verbandstages wird auf dem jeweiligen Verbandstag bestimmt.

129. Breslau. Die Einrichtung einer Sterbekasse ist zu beschließen. Zur Deckung der erforderlichen Mittel soll ein Zuschlag zu den Beitragsmarken erhoben werden.

## Die Delegierten zum Verbandstag in Erfurt.

Die in Klammern gesetzten Namen sind Ersatzdelegierte.

Gau Hamburg: Runge, Böckmann, Köster (Prinz, Grandel).

Gau Hannover: Adam (Friedrichs).

Gau Essen: Zinke (Strötger).

Gau Köln: Schäfer-Köln, Beck-Düsseldorf (Heuser).

Gau Frankfurt: Stroh (Eisele).

Gau München: Kirsche.

Gau Stuttgart: Arnold.

Gau Erfurt: Schreiber-Wilhelmshöhe.

Gau Quedlinburg: Resultat noch nicht gemeldet.

Gau Leipzig: Meißner.

Gau Dresden: Schwende-Dresden, Hütter-Zittau (Friedland-Dresden).

Gau Berlin: Auras, Müller, Wolfänger, Volkmann.

Bockenauer (John, Wendt, Schmidt-Potsdam).

Gau Brandenburg-Pommern: Klatt.

Gau Breslau: Martin.

Gau Kösigsberg: Käbler (Rodat).

## Der Gewerkschaftskongreß in Breslau.

Der in Breslau vom 31. August bis 4. September tagende Gewerkschaftskongreß lieferte den Beweis der Geschlossenheit, der Unbesiegbarkeit der freien Gewerkschaften, er lieferte den Beweis, daß die furchtbare Krise der vergangenen Jahre endgültig überwunden ist und ein neuer Aufstieg begonnen hat. Das Wort Freiligraths hat sich erfüllt: „Ihr hemmt uns, doch ihr zwingt uns nicht!“ In Breslau wurde auch der Beweis erbracht, daß die Einigkeit der deutschen Arbeiterschaft wieder hergestellt ist. Das, was noch an Splittren vorhanden ist, was noch grollend und mißvergnügt kritisierend abseits steht, wird sich bald dem großen Heerbann wieder einfügen oder aber wird von dem ehernen Schritt der Entwicklung beiseite geschoben. Die kommunistische Opposition spielte auf dem Kongreß ebenso wie auf allen in den letzten Monaten stattgefundenen Verbandstagen keine Rolle mehr. Was will es bedeuten, wenn von 313 Delegierten 2 sich zur Opposition bekennen?

Die natürlichen Gegner, die Unternehmer, sind nicht auf ihre Rechnung gekommen. Sie sehen eine einheitlich geführte und geschlossene Masse vor sich. Sie haben sicher selbst sehr viel zu dieser Geschlossenheit beigetragen durch die Kämpfe im Baugewerbe und in der Textilindustrie, die sie zu einer vernichtenden Niederlage der Arbeiterschaft gestalten wollten.

Nicht nur die Verhandlungen und Beschlüsse des Kongresses waren einheitlich und vorbildlich, auch der Rahmen des Kongresses, der Empfang, die Veranstaltungen während der Tagung und der Abschluß zeigten die gleiche Note, sie waren wichtig, eindringlich und beeinflussten selbst den kühnsten Teilnehmer.

Die Arbeiterschaft Breslaus, Schlesiens, erscheint den meisten auswärtigen Delegierten durch ihre wichtigen Demonstrationen am Mittwoch anlässlich der Fahrt von Zobten nach Breslau und am Freitagabend bei dem gewaltigen Fackelzug nach der Jahrhunderthalle in einem ganz anderen Licht wie früher. Die schlesische Gewerkschaftsbewegung kann nicht nur als gleichwertig, sondern für viele Orte als vorbildlich bezeichnet werden.

Doch nicht nur nach dieser Richtung wird der Kongreß seine Wirkung zeigen. Den zahlreich anwesenden Vertretern der Regierungen und Behörden hat die Tagung bewiesen, daß die deutsche Arbeiterschaft nicht Amboß, sondern Hammer sein will, ja schon der Hammer ist, der Form und Inhalt des neuen Deutschland wesentlich beeinflusst. Das kam auch durch die Worte des Staatssekretärs Geib zum Ausdruck, daß die Reichsbehörden auf die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften angewiesen sind und die bevorstehenden Aufgaben, wie die Neuregelung der Arbeitsgerichte, der Arbeiterversicherung, sowie des Arbeiterschutzes ohne Mitwirkung der Gewerkschaften nicht befriedigend gelöst werden können.

Der Kongreß hat aber auch eine bedeutende Wirkung auf die zahlreichen Gäste aus Österreich, Ungarn, Frankreich, Belgien, Holland, Schweden, Dänemark, Tschechoslowakei, Polen und Schweiz erzielt. Sie brachten zum Ausdruck, daß der Kongreß wie die Veranstaltungen der Breslauer Arbeiterschaft ihnen gezeigt habe, daß die deutsche Republik durch die organisierte Arbeiterschaft absolut gesichert sei und hier anders erschiene, als sie durch deutsche und ausländische Hetzpostel im Ausland dargestellt werde.

Leider gestattet der beschränkte Raum unserer Zeitung keine ausführlichen Bericht über den Gang der Verhandlungen, kaum die Wiedergabe aller gefaßten Beschlüsse. Wir verweisen unser Mitglieder deshalb auf den Bericht in der Gewerkschaftszeitung und auf das bald erscheinende Protokoll des Kongresses, soweit es noch nicht durch ihre Tagespresse bereits unterrichtet sind.

Die Wahl der Kongreßleitung und der Kommissionen erfolgte nach Vorschlag einstimmig. Leipart, Bundesvorsitzender Brandes, Metallarbeiter und Schumann, Verkehrsbund wurden Leiter des Kongresses.

Den Bericht des Bundesvorstandes gab Leipart. Er schilderte in großen Zügen die schwierige Lage der Gewerkschaft nach dem Leipziger Kongreß, der geschlossen wurde mit der trübsamen Nachricht der Ermordung Rathenaus und wie die Gewerkschaften die Aufgabe des Schutzes der Republik mitzunehmen mußten. Er verwies auf die furchtbaren Folgen der Inflation und der Stabilisierung mit der ungeheuren Arbeitslosigkeit und auf die Maßnahmen, die ergriffen wurden, um die Not der Arbeitslosen zu steuern.

Er behandelte den Kampf um den Achtstundentag und gegen die Zoll- und Steuergesetze, verwies darauf, wie die Regierung sich bemüht, dem Unternehmertum in großzügiger Weise



zu helfen, aber nichts übrig hat für die Not der breiten Masse, sich im Gegenteil dem Willen der Gewerkschaften, die Not durch höhere Löhne zu lindern, mit aller Kraft entgegenstemmt und auch die bürgerlichen Wissenschaftler in ihrer Mehrzahl der Regierung Hilfe leisten. Er geißelte die verwerfliche Methode der Opposition mit ihren Parolen „Massenmobilisierung, Generalstreik, Einheitsfront“ usw. und verlangte Brudersinn, Achtung und nicht Herabsetzung der Meinung eines Andersdenkenden. Betreffs Einzelheiten verweist er auf die ausführlichen Jahrbücher des Bundesvorstandes.

In der Aussprache betonten die Vertreter der Konsumgenossenschaften, der Volksfürsorge und der Arbeiterbank die Bedeutung dieser Einrichtungen für die Arbeiterschaft. Dem Vorstand wurde gegen eine Stimme Entlastung erteilt. Einstimmig wurden die Entschlüsse zur Lohnfrage, über die Betriebsräte, die Technische Nothilfe, zur Wohnungsfrage, Berufsschulfrage, zum Berufsausbildungsgesetz, über die Volksfürsorge und Genossenschaften angenommen. Über die Entschlüsse zur Arbeitszeitfrage bestanden zuerst Meinungsverschiedenheiten wegen der Zeit der Herbeiführung einer eventuellen Volksabstimmung betr. der Ratifizierung des Washingtoner Abkommens. Sie wurde nach einer Teilabstimmung aber einstimmig angenommen.

Den Höhepunkt des Kongresses bildete unter Punkt 5 „Die Wirtschaft und die Gewerkschaften“ der Vortrag des Prof. Herbergh, Leipzig über „Die deutsche Wirtschaft“. Die Ausführungen des Referenten sind so wichtig, daß wir seine Ausführungen, wenigstens in ihren wesentlichsten Teilen, in einer unserer nächsten Nummern zum Abdruck bringen wollen und gehen deshalb hier nicht weiter darauf ein.

Jäckel vom Textilarbeiterverband behandelte den zweiten Teil dieses Punktes in einem Vortrag über die „Wirtschaftsdemokratie“. Er zeigte, daß wir wohl die politische Demokratie haben, aber noch vieles, ja das meiste zur Wirtschaftsdemokratie fehlt. Doren Anfang war der erste Buchdruckertarif 1898. Von da wären wir zum jetzt geltenden Betriebsrätegesetz gekommen, das uns trotz aller Mängel ein Stück vorwärts gebracht habe. Er zeigt, wie die eigenen Unternehmungen der Arbeiterschaft, z. B. die Genossenschaften und die Bauhütten auf dem Wege zur Demokratisierung der Wirtschaft liegen, ebenso die Betriebe der öffentlichen Hand. Er fordert die Einrichtung der längst beschlossenen Wirtschaftsparlamente, wendet sich gegen die mechanische Taylorisierung der heutigen Wirtschaft, die Geist und Willen des Arbeiters töten. Die zu diesem Punkt vorgelegte Entschlüsse wurde nach einer Debatte, die auch abweichende Meinungen zum Ausdruck brachte, angenommen.

Die Sozialgesetzgebung in Deutschland behandelt H. Müller, stellvertretender Bundesvorsitzender. Er beleuchtet die reaktionären Forderungen der Unternehmer auf allen sozialen Gebieten, unterstützt von der Reichsregierung, auf sozialem Gebiete die gleiche Erscheinung wie auf wirtschaftlichem: Alles auf Kosten der Arbeiterschaft. Als Grundforderung stellt er das einheitliche Arbeitsrecht auf, fordert Erwerbslosenversicherung für alle Arbeiter einschließlich Landarbeiter und Hausangestellte, unterstützt durch eine bedeutend erweiterte produktive Erwerbslosenfürsorge. Weiter behandelt er die in letzter Zeit beobachtete Erschwerung des Schlichtungswesens und die Anträge der bürgerlichen Parteien zur Errichtung von Berufskrankenkassen. Er wendet sich gegen diese, wie auch gegen Betriebs- und Innungskrankenkassen.

Den vorliegenden Entwurf über Arbeitsgerichte bezeichnet er als eine brauchbare Grundlage, die allerdings erheblich verbessert werden müßte. Die vorgelegte Entschlüsse wird mit einigen Ergänzungen einstimmig angenommen.

Der kritische Punkt der Tagesordnung war die Organisationsfrage, die der stellvertretende Vorsitzende Graßmann behandelte. Er schilderte die Entwicklung der deutschen Gewerkschaften, den Streit um die Form seit ihrer Entstehung, den Versuch der eingesetzten Kommission, eine Lösung der vom letzten Kongreß überwiesenen Aufgabe zu finden und wie nahe die Gefahr eines Konfliktes von unmittelbarer Tragweite gewesen sei und wie man dann in mehreren Bundesausschüssen zu einer Einigung gekommen sei, die in der vorgelegten Entschlüsse ihren Ausdruck finde. Diese Entschlüsse bezeichnet die Industrieorganisation als die zweckmäßige Form, hält den Zusammenschluß verwandter Organisationen für notwendig, will jedoch keine wangsläufige Verschmelzung, sondern erblickt in der freiwilligen Eingliederung die beste Gewähr für eine gesunde Entwicklung. In die unangenehmen Konflikte bei Lohnbewegungen, an denen mehrere Verbände beteiligt sind, zu beseitigen, werden die Regeln der gemeinsamen Bewegungen in die Bundessatzungen aufgenommen und damit bindend für alle angeschlossenen Verbände. Diese Entschlüsse bedeutet einen Fortschritt, sie gibt der natürlichen Entwicklung Raum, ohne durch Zwangsbeschluß wichtige Glieder des Bundes zu verletzen oder gar abzustoßen. Ein Antrag, in eine Diskussion nicht einzutreten, wurde angenommen. Ebenso die Entschlüsse und die vorgeschlagene Änderung der Bundessatzungen gegen die Stimmen der Vertreter des Metallarbeiterverbandes.

Die Wahl zum Bundesvorstand ergab die Wiederwahl aller bisherigen Mitglieder.

Die Beratung der Bundessatzungen, sowie der noch vorliegenden Anträge war in kurzer Zeit erledigt, sodaß der Kongreß nach Ansprachen der ausländischen Gäste und nach einem kernigen, anfeuernden Schlußwort des Vorsitzenden Brandes am Freitag mittag mit einem Hoch auf die deutsche und internationale Gewerkschaftsbewegung geschlossen werden konnte.

Die freien Gewerkschaften können mit Stolz auf diese Tagung zurückblicken. Die Macht und Geschlossenheit des A. D. G. B. ist stärker denn je. Sorge nun ein jedes Gewerkschaftsmitglied dafür, daß die in den letzten Jahren durch Verzweigung und Mangel an Überzeugungstreue verloren gegangenen Mitglieder wieder gewonnen und zu tatkräftigen Kämpfern erzogen werden.

Einige Worte noch über unsere eigene Mitgliedschaft in Breslau. Am Mittwoch abend hatte unsere Breslauer Verwaltung eine Versammlung einberufen, in der der Unterzeichnete, der als Delegierter unseres Verbandes am Kongreß teilnahm, referierte. Die Versammlung war von 200 Personen besucht, einschließlich der Frauen der Kollegen. Die Aufmerksamkeit der Zuhörer war musterhaft und erfreulich, nichts ließ darauf schließen, daß die Versammlung mit einem gemühtlichen Beisammensein abschließen sollte. Es ist zu wünschen, daß wir auch in anderen Orten zu dieser Versammlungsmethode kommen. Der Versammlungsbesuch wird sicher gehoben, wenn unsere Kollegen ihre Frauen mitbringen. Nicht nur, daß diese dann auch über die Aufgaben unserer Bewegung aufgeklärt werden, sie werden ihre Männer dann auch nicht mehr vom Versammlungsbesuch abhalten.

Auch an dem Fackelzug war unsere Mitgliedschaft mit 250 Kollegen, geführt von einer eigenen Kapelle, beteiligt. Wir können erfreut und mit Genugtuung auf die Entwicklung und den Geist unserer Breslauer Ortsverwaltung blicken.

J. Busch.

## Gaukonferenz des Gaus München am 15. August.

Tagesordnung:

1. Wirtschaftskrise und Arbeiter-Existenz. Referent Kröppelin vom Deutschen Metallarbeiter-Verband. 2. Geschäfts- und Kassenbericht. Referent Kirsche. 3. Anträge zur Gaukonferenz. 4. Stellungnahme zum diesjährigen Verbandstag in Erfurt. a) Beratung der eingelaufenen Anträge. b) Aufstellung der Delegierten zum Verbandstag. 5. Stellungnahme zur Schaffung einer Pensionskasse für die Staatsgartenarbeiter. 6. Verschiedenes.

Um 1/3 Uhr eröffnete der Gauvorsitzende Hörner die Konferenz und ließ die Delegierten herzlich willkommen sein. Es seien sechs Jahre seit der letzten Gauvorsteherkonferenz verfloßen und er spricht die Hoffnung aus, in Zukunft die Kollegen öfter zu gemeinsamer Beratung zusammenrufen zu können. Der Hauptvorstand wäre leider verhindert, an der Konferenz teilzunehmen, wünsche ihr aber besten Erfolg.

Punkt 1: Kröppelin wies in seinen Ausführungen auf die ungeheuren Wirtschaftskrisen hin, die das deutsche Volk in den letzten Jahren überstanden und künftig noch zu überwinden hat. Er beleuchtete, wie skrupellos Großkapital und Börsenspekulanten diese Krisen hervorriefen, ohne Rücksicht auf die fürchterlichen Auswirkungen für das schaffende Volk. Diese Kreise hätten durch Bildung von Konferenzen ihren verderblichen Einfluß in Politik und Wirtschaft geltend gemacht, um die ungeheuren Lasten des verlorenen Krieges den schaffenden Kreisen aufzubürden. So z. B. durch Beseitigung des Achtstundentages, Abbau der Sozialversicherungen, Verschlechterung der Tarifverträge. Den Höhepunkt habe diese Politik durch Annahme der Schutzzölle erreicht. Die Ursachen, die dem Großkapital solche Macht in die Hand spielten, sieht der Referent in erster Linie in der Kurzsichtigkeit und Zersplitterung der Arbeiterschaft. Weder Gewaltmittel noch große Worte könnten uns aus dieser Krise herausführen. Bilde das Kapital Monopole und Konzerne, dann müsse ihm die Arbeiterschaft etwas Gleichwertiges gegenüberstellen. Das Kapital der Arbeiterschaft sei die Arbeitskraft. Diese müsse ebenfalls zusammengefaßt werden, um einen gerechten Anteil am Ertrage der Arbeit zu erkämpfen. Vor allem aber sei notwendig, die Kollegen in die Zusammenhänge der Wirtschaft einzuführen, damit bei Arbeitskämpfen nicht eine willenlose Masse, sondern geschulte, zielbewußte Leute, hinter der Führerschaft stehen. In diesem Sinne die Arbeiterschaft für die kommenden Kämpfe heranzubilden, verbürge den sicheren Sieg.

Die Konferenz zeigte durch lebhaften Beifall, daß sie mit den Ausführungen des Redners voll einverstanden sei. Eine Diskussion über das Referat wurde nicht gewünscht.

Punkt 2: Zu dem gedruckt vorliegenden Geschäftsbericht stellte Kirsche noch ergänzend fest, daß besonders im letzten Frühjahr ganz wesentliche Fortschritte in der Agitation erzielt werden konnten, so daß die größten Schwierigkeiten überwunden seien und mehr am inneren Ausbau der Organisation gearbeitet

werden könne. Im letzten Jahre konnte der Schulung der Mitglieder durch Vorträge über Wirtschaftswesen, Sozialversicherung, Arbeiterrecht, durch Führungen in gärtnerische Anlagen und Institute, sowie durch Abhaltung von Fachvorträgen unter Benützung von Film und Lichtbildern, sowie durch Kurse an der Gärtner-Fachschule mehr Beachtung geschenkt werden. Dringender Beachtung bedürfte das Lehrlingswesen. Zurzeit bestehen teilweise immer noch recht traurige Verhältnisse. Betriebe mit 3—4 Lehrlingen ohne Gehilfen sind keine Seltenheit. Es muß gefordert werden: Beschränkung der Lehrlingszahl, Prüfung der Lehrbetriebe und Prüfung der Lehrherren selbst. Kirsche sprach an denjenigen Kollegen, die im letzten Jahre mitarbeiteten, seinen Dank aus und forderte sie gleichzeitig dazu auf, auch in der kommenden Zeit treu zum Verband zu stehen und die Geschäftsleitung aufs tatkräftigste zu unterstützen.

Dem Geschäftsbericht schloß sich eine rege Aussprache an, in der hauptsächlich die Tariffragen zur Geltung kamen. Der Lohnkommission sowie der Gauleitung wurde in Anbetracht ihrer bisherigen Tätigkeit das Vertrauen ausgesprochen und beide aufgefordert, alle Schritte zu unternehmen, damit auch in der kommenden Zeit die wirtschaftliche Lage der gärtnerischen Arbeitnehmer Bayerns weiter gefördert wird.

Punkt 3: Der Gauvorsteherkonferenz lagen folgende Anträge von der Ortsverwaltung Garmisch vor: 1. Zusammenschluß der Verbände zu einem Gewerkschaftsbund. 2. Eine Gauvorsteherkonferenz soll alle Jahre stattfinden. 3. Das Werdenfelser Volksheim soll finanziell unterstützt werden. 4. Erhöhung der Tarife. Zu Antrag 1 betonte Kirsche, daß sich der kommende Verbandstag mit dieser Frage beschäftigen wird. Die Delegierten sollen dort für eine Konzentrierung der Gewerkschaften eintreten. Zu Antrag 2 erklärt Kirsche, daß die Abhaltung von Gaukonferenzen durch das Verbandsstatut geregelt sei. Der Gauvorstand werde in Zukunft, soweit es die finanziellen Verhältnisse erlauben, darauf achten, daß jährliche Konferenzen stattfinden. Zu Antrag 3 schildert Wenzel-Garmisch die Schwierigkeiten der dortigen Gewerkschaften, ein Versammlungslokal zu bekommen. Während der Saison sei es überhaupt nicht möglich. Die Garmischer Gewerkschaften seien deshalb genötigt, ein eigenes Heim zu errichten. Vom Gauvorstand aus wird zugesichert, daß dieser sein möglichstes tun werde, das Unternehmen zu fördern. Antrag 4 hatte sich durch die Aussprache zum Geschäftsbericht erledigt.

Punkt 4: Kirsche begründet die Anträge der Ortsverwaltung München. Diese sehen Neuregelungen des Kassen- und Unterstützungswesens, Einführung eines besonderen Invalidenbeitrages, Verbesserungen der Streikunterstützungen, sowie Umgestaltung des Verbandsbeirates vor. Sie werden einstimmig angenommen.

Straub-München beantragte, daß Verbandsangestellte nicht mehr als Delegierte zum Verbandstag wählbar sein sollten, weiter Neuregelung der Angestelltengehälter und Zusammenlegung der bestehenden Gaue, um Ersparungen zu erzielen. Nach der Aussprache, an der sich Burkert-München, Hebedanz-Würzburg und Kirsche beteiligten, wurden diese Anträge Straub fast einstimmig abgelehnt.

Der Vorsitzende Hörner gab bekannt, daß die Generalversammlung der Ortsverwaltung München Kirsche als Delegierten für den Verbandstag in Erfurt vorgeschlagen habe. Weitere Vorschläge seien bisher nicht eingegangen. Hierauf schlägt Hartschlag-München noch Rödel-Nürnberg vor.

Punkt 5: Kirsche gab einen Überblick über die Maßnahmen zur Schaffung einer Pensionskasse. Es sind bereits in der Vorkriegszeit von den Arbeiterorganisationen an die bayerische Staatsregierung Anträge gestellt worden. Diese hat wohl die Notwendigkeit anerkannt, aber die Schaffung immer wieder unterlassen. Zurzeit erklärt die Regierung, daß sie nicht eher etwas tun könne, bis die Reichsregierung für die Reichsarbeiter eine Pensionskasse geschaffen habe. Die Begründung, daß die Staatsfinanzen dadurch zu arg belastet würden, sei leere Ausrede. Die vorliegenden Zahlen aus dem Freistaat Sachsen, wo bereits eine Pensionskasse bestehe, der auch die Staatsgärtner angehört haben angehört, beweisen, daß die hierfür aufgewendeten Mittel im Verhältnis zu dem, was der Staat für seine Beamten tut, ganz geringfügig seien.

Kirsche erklärt am Schluß, daß von der Gauleitung alles getan werde, um die bayerischen Staatsgärtnerarbeiter bei Schaffung der Pensionskasse in diese hineinzubringen. Die Schwierigkeiten seien angesichts der Stellungnahme des Finanzministeriums und Landesarbeitgeber-Verbandes nicht gering.

In der Aussprache erklärt Hebedanz, daß er von den Würzburger Staatsgärtnerkollegen beauftragt sei, alles zu tun, um baldigst eine solche Pensionskasse zu schaffen. Er schildert weiter verschiedene Mißstände in den Würzburger Staatsbetrieben. — Burkert-München fürchtet, daß die Schaffung solcher Pensionskassen hinderlich auf die Entwicklung der freien Arbeiterbewegung einwirken werde. Hierzu bemerkt Kirsche, daß im Entwurf für das Reich beim Ausscheiden aus einem Reichsbetrieb die Aufrechterhaltung der Mitgliedschaft vorgesehen sei.

Der Arbeiter wäre also nicht unbedingt an einen Betrieb gebunden, um seine erworbenen Rechte aufrecht zu erhalten. Die Pensionskasse müsse erreicht werden, um die Kollegen vor der allergrößten Not im Alter zu bewahren.

Punkt 6: Hebedanz wies auf die Zerspaltung der Arbeiterschaft in den Staatsgärten hin und bedauerte, daß diese Kollegen immer noch nicht zu der Einsicht gekommen sind, einer einheitlichen Organisation anzugehören. Straub kritisiert das Vorgehen des Staatsarbeiterverbandes scharf. Dieser habe von 5 Jahren die Belegschaften verschiedener Betriebe durch große Versprechungen aus unserem Verbands herausgelockt; die Kollegen warten aber heute noch auf die Erfüllung dieser Versprechungen. Straub betont ausdrücklich, daß die Staatsarbeiterschaft nur durch völligen Zusammenschluß in ihrer Berufsorganisation, also unserem Verbands, etwas erreichen wird. Dem wird allseitig zugestimmt. Wenzel hatte bereits unter Punkt 1 beantragt, in Zukunft zu Lohnverhandlungen Vertreter auswärtiger Ortsgruppen hinzuzuziehen. Hartschlag unterstützt diesen Antrag. Kirsche teilt mit, daß der Gauvorstand dies gern tun würde, wenn die Verteilung der Kosten geregelt sei. Rödel und Hebedanz erklären, mit der Tätigkeit der Lohnkommission zufrieden zu sein; sie würden die Hinzuziehung Auswärtiger ebenfalls begrüßen. Der Gauvorstand wird hierauf beauftragt, sich mit den Ortsgruppen deswegen zu verständigen.

Kirsche weist noch auf das Stiftungsfest hin und ladet besonders die auswärtigen Kollegen dazu ein. Der Vorsitzende Hörner dankt allen für ihre rege Mitarbeit und fordert die auswärtigen Kollegen auf, draußen weiter für den Verband zu arbeiten, damit es auf der ganzen Linie vorwärts gehe.

Franz Bäuerle, München.

## Änderungen in der Sozialversicherung.

Durch Reichsgesetz vom 28. Juli (RGBl. I. S. 157 ff) sind vom 1. Juli an folgende Änderungen eingetreten:

### I. Angestelltenversicherung.

Die für die Versicherungspflicht festgesetzte Altersgrenze von 60 Jahren gilt dann nicht mehr, wenn invalidenversicherungspflichtige Arbeitnehmer zu einer angestelltenversicherungspflichtigen Beschäftigung übertreten, also Meister, Aufseher, Obergärtner oder dgl. werden.

Zum freiwilligen Eintritt in die Versicherung (Selbstversicherung) sind jetzt alle Angestellten berechtigt, auch wenn ihr Jahreseinkommen die Pflichtversicherungsgrenze von 6000 M. übersteigt.

Der Grundbetrag des jährlichen Ruhegeldes beträgt 480 M., die Steigerungssätze sind auf 15% der seit dem 1. Januar 1924 entrichteten Beiträge festgesetzt. Für jedes Kind (auch uneheliche) unter 18 Jahren erhöht sich das Ruhegeld um jährlich 90 M. Damit ist zwar eine Steigerung der Leistungen um etwa ein Drittel eingetreten, aber die Ungerechtigkeit der Nichtanrechnung aller Beiträge vor dem 1. Januar 1924 ist immer noch nicht beseitigt. Dafür sind aber die Beiträge ebenfalls um ein Drittel erhöht.

Vom 1. September ab sind nämlich folgende Gehalts- und Beitragsklassen gebildet worden:

Klasse A	bis zu 50 M. monatlich	2 M. Beitrag
B von mehr als 50	100	4
C " " " 100	200	8
D " " " 200	300	12
E " " " 300	400	16
F " " " 400 M.	-	20
G nur für freiwillige Versicherung		25
H " " " " " "		30

Eine kleine Verbesserung bedeutet demgegenüber die Bestimmung, daß für Versicherte bis zu 50 M. Monatsinkommen und für Lehrlinge der Arbeitgeber die vollen Beiträge zu zahlen hat.

Die freiwillige Weiterversicherung ist nicht unter der Gehaltsklasse zulässig, die dem Durchschnitt der letzten vier (früher sechs) Pflichtbeiträge entspricht. Bei Selbstversicherung (§ 22 AVG.) sind die Beiträge mindestens in dem dem Einkommen entsprechenden Gehaltsklasse zu entrichten. Für Halbversicherte hat der Arbeitgeber die Beiträge, die dem halben Jahresverdienst entsprechen, zu leisten. Angestellte, die bei Eintritt der versicherungspflichtigen Beschäftigung das 55. Jahr vollendet haben, werden auf Antrag von der Pflicht befreit, wenn ihnen die Abkürzung der Wartezeit nicht gestattet wird. Von 1. Januar 1913 bis 31. Dezember 1928 genügen zur Erfüllung der Wartezeit bei Hinterbliebenenrenten 60 Beitragsmarken auf Grund der Versicherungspflicht. Diese Vorschrift gilt auch für Neuversicherte in den ersten 15 Jahren seit Heraufsetzung der Jahresarbeitsverdienstgrenze.

### II. Invalidenversicherung.

Ab 1. August beträgt der Grundbetrag der Invalidenrenten 168 M., die Steigerungsbeträge 20% der entrichteten Beiträ-



Der Kinderzuschuß beträgt ebenfalls je Kind 90 M. jährlich. Für Versicherte, deren Wochenlohn 6 M. nicht übersteigt und für Lehrlinge entrichtet der Arbeitgeber den vollen Beitrag. Vom 28. September an gelten folgende Lohn- und Beitragsklassen:

Klasse 1	bis zu 6 M. wöchentlich	25 Pf. Beitrag
" 2	von mehr als 6 " " 12 "	50 " "
" 3	" " 12 " " 18 "	70 " "
" 4	" " 18 " " 24 "	100 " "
" 5	" " 24 " " 30 "	120 " "
" 6	" " 30 M.	140 " "

Bei Selbstversicherung und Weiterversicherung sind Beiträge in der dem jeweiligen Einkommen entsprechenden Lohnklasse, mindestens aber in der II. Klasse zu entrichten. Auch hier sind die Ungerechtigkeiten noch nicht beseitigt, denn die höheren Leistungen werden durch ebensolche Beiträge wieder aufgehoben.

## Arbeitskämpfe und Tarife

**Bayr. L.-Tarif.** Durch Schiedsspruch vom 1. September werden die Stundenlöhne um 3 Pf. erhöht. Ab 29. August beträgt der Spitzenlohn in der Erwerbsgärtnerei für Gärtner in Lohnkl. I A. 73 Pf., Staatsgärten 79 Pf., Landschaftsgärtnerei 89 Pf. Diese Löhne gelten bis zum 31. Oktober 1925.

**Dresden.** Erwerbsgärtnerei. Durch Schiedsspruch wurden ab 14. August folgende Stundenlöhne festgesetzt. Für Gehilfen in den einzelnen Staffeln 45, 47, 51, 54, 56, 59 Pf.; Gehilfinnen 35, 42, 51 Pf.; Arbeiter 17, 21, 33, 39, 47, 54, 56 Pf.; Arbeiterinnen 13, 17, 21, 26, 30, 33 Pf. Verheiratete 5% zum Gesamtlohn.

**Hannover.** Als Ergebnis der Verhandlung vor der Bezirksschiedsstelle am 12. August ist für die Gemeindebetriebe im Bezirk des Kommunalen Arbeitgeberverbandes Hannover ein neuer Lohnvertrag zum Abschluß gekommen. Er sieht für die Sonderklasse Hannover mit Wirkung ab 27. Juli folgende Lohnsätze vor:

Normalbetriebe.		Goldpfennig.				
Männliche:	unter 16	16—18	18—20	20—24	über 24 Jahre.	
Lohngruppe 1a						78,5
" 1	—	51,5	56,5	67,5		73
" 2	—	43	48,5	59,5		65
" 3	35	38	43	54		59,5
Weibliche:					über 20 Jahre.	
Lohngruppe 4			46	56,5		
" 5			40,5	51,5		
" 6	32,5	35	38	48,5		
" 7				46		

Für die Städte Göttingen und Hildesheim erhöht sich der Spitzenlohn in Lohngruppe 1a auf 73, in 1 auf 67,5, in 2 auf 59,5, in 3 auf 54, in 4 auf 51,5, in 5 auf 46, in 6 auf 43 und in 7 auf 40,5 Pf. Die Zulagen zu diesen Löhnen betragen wie bisher: Hausstands- und Kindergeld je 3 Pf. pro Stunde, Vorarbeiterzulage 50 Pf. pro Tag, Vorarbeiterinnenzulage 40 Pf. Die Einkommensgrenze der Kinder bei Gewährung von Kindergeld ist 35 M. pro Monat. Außerdem können jetzt in die Lohngruppe 1a statt bisher 20% nur 30% der Handwerker eingruppiert werden. Über diesen Punkt schweben zurzeit bei der städtischen Gartendirektion Hannover noch Verhandlungen, nach deren Abschluß werden wir darüber gesondert berichten.

**Stuttgart.** Landschaftsgärtnerei. Ab 3. September beträgt der Stundenlohn für eingearbeitete Gärtner 87, 90, 95 Pf., nicht eingearbeitete 80, 84, 87 Pf.; für Arbeiter, eingearbeitete, 75, 82, 86, 90 Pf., nicht eingearbeitete 71, 76, 82 Pf.

**Württemberg.** Erwerbsgärtnerei. Mit Wirkung vom 30. August gelten folgende Mindeststundenlöhne. Gärtner 45 bis 72 Pf., Arbeiter 32—61 Pf., Arbeiterinnen 18—43 Pf. Landschaftszulagen in gemischten Betrieben 10 Pf. pro Stunde. Erste Gehilfen erhalten 10%, Obergärtner mindestens 20% Zuschlag.

## Blumengeschäfte

**Verbandstag und Fachschulkonferenz des V. D. B.**  
Wie wir der Niederschrift der Verhandlungen, abgedruckt in Nr. 36 der „Verbandszeitung“ entnehmen (zu einer unmittelbaren Mitteilung hat man noch keine Zeit gefunden), hat der Verbandstag der Blumengeschäftsinhaber die Fortdauer des Zentraltarifes beschlossen. Ausschlaggebend waren dabei die Erwägungen, daß der Tarif das einzige Mittel sei, die Außenseiter (und auch eine beträchtliche Anzahl Verbandsmitglieder! Die Red.) zur Beachtung der Lehrlingsbestimmungen, der arbeitsrechtlichen und andern grundlegenden Bestimmungen zwingen zu können (und sich die neunstündige Arbeitszeit zu sichern! D. Red.) Herr Bradtsch, Hamburg, hat sich noch den besonderen Ruhm erworben, eine Herabsetzung der Urlaubszeit von 18 auf 12 Tage zu fordern und hatte die Genugtuung, für diese vorsindflutliche

Es soll nicht geleugnet werden, daß auch die deutsche Arbeiterschaft infolge der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung leider nur zu oft gezwungen worden ist, ihre Sonderinteressen zu verteidigen. Dieser Kampf bedeutet aber keine Verneinung, sondern vielmehr eine Bejahung des Staates als solchen, da er im Grunde genommen für solche Rechte geführt wird, die dem deutschen Arbeiter die Mitarbeit am Staatsleben ermöglichen sollen. Von der Notwendigkeit dieser Mitarbeit ist aber heute jeder vernünftig denkende Mensch in Deutschland überzeugt.  
Friedrich Ebert  
zu einem ungarischen Zeitungsvertreter 1923.

Auffassung die Mehrheit des Verbandstages zu erhalten. Die Herren haben nur übersehen, daß es da mit ihrem Beschluß noch nicht abgefan ist.

Die Bestrebungen der Münchener und Stettiner Herrschaften auf Herausnahme der Lehrlingsbestimmungen aus dem Tarifverträge fanden dagegen die verdiente Ablehnung.

Besonderes Interesse erregte die Veranstaltung einer Fachschulkonferenz und einer Ausstellung von Lehrlingsarbeiten und Lehrmitteln. Unser Wunsch, daran teilnehmen zu können, hatte ja erstmal eine Ablehnung erfahren, nach weiterer Überlegung erhielten wir dann aber auch eine Einladung, der durch drei Frankfurter Mitglieder entsprochen worden ist. Leider war für diese wichtige Tagung nur eine recht kurze Zeit, drei Stunden vorgesehen. In dieser mußten drei Referate bewältigt werden, sodaß für eine eigentliche Aussprache keine Zeit übrig blieb. Dennoch zeigte sie manche interessante Momente, auf die zurück zu kommen, wir uns vorbehalten möchten.

Im Anschluß an diese Konferenz beschäftigte sich der Verbandstag mit umso größerer Ausführlichkeit mit der Errichtung eines höheren Bindereilehrgangs bei der Lehranstalt für Gartenbau in Weihenstephan bei München.

Mit der bei den Blumen-„Künstlern“ üblichen überspannten Begeisterung wurden die von einigen Rednern vorgetragenen sachlichen, schwerwiegenden Bedenken beiseite gedrückt und dieser „höhere Bindereilehrgang“ beschlossen mit dem Kompromiß, 5000 M. zum Ausbau auch der Berufsschulen dem Hamburger Fachschullehrer, Herrn Diplomatengartenbauinspektor Lötner zur Verfügung zu stellen.

Wir möchten nicht verfehlen, die u. E. einzig richtigen Darlegungen des Herrn Wedemeier, Cassel, zu unterstreichen, die dahin gingen: Die Errichtung eines höheren Bindereilehrgangs sei noch verfrüht. Es fehlen noch fast überall die geeigneten Berufsschulen, weil die erforderlichen Mittel nicht vorhanden sind. Deshalb sollten erst die Berufsschulen durch Bereitstellung größerer Mittel umfassend unterstützt werden, bevor an die Einrichtung eines höheren Lehrganges gedacht werde. L.

## Lehrlings- und Bildungswesen

### Obergärtnerprüfungen in Mecklenburg.

Die dortige Landwirtschaftskammer hat jetzt ebenfalls Obergärtnerprüfungen eingerichtet, um tüchtigen Kollegen reiferen Alters Gelegenheit zum Aufstieg zu geben. Anmeldungen sind bis zum 1. Oktober an die Kammer in Schwerin i. M. zu richten.

## Berichte

### Bayerischer Handelsgärtnerstag.

Nachdem erst vor kurzem die württembergischen Gartenbauern einen Kongreß in Ulm hatten, hielt auch der Bayerische Gärtnerverband seine Hauptversammlung in Bamberg ab, die von Bauberger-München geleitet wurde. In den Verhandlungen wurden die Zollfrage, die Frage der Frachtsätze, die Beförderung von Gärtnererzeugnissen auf der Bahn, der Münchener Umschlagplatz für Auslandsware und die Einfuhr gärtnerischer Erzeugnisse aus dem Ausland erörtert.

Inspektor Trenkle vom Landwirtschaftsministerium erklärte, der deutsche Obst- und Gartenbau müsse während der Dauer der Handelsverträge zeigen, daß er einen Schutzzoll verdient, denn nicht Schutzzoll und Kredite allein, sondern vor allem eine weitgehende Intensivierung der Betriebe, eine bessere Anpassung der Produktion an den Bedarf, Erzeugung von Qualitätswaren, Verbilligung der Produktion durch Vervollkommen der Betriebstechnik und Besserorganisation des Absatzes können den deutschen Obst- und Gartenbau wettbewerbsfähig erhalten. Direktor Fachmann vom Reichsverband des deutschen Gartenbaues schloß sich diesen Ausführungen an und wandte sich vor allem gegen den Zwischenhandel, der die Erzeugnisse unnötig verteuere.

Wenn man's so hört, möcht's leidlich scheinen, könnte man hier ausrufen. In Wirklichkeit glaubt ja wohl keiner der Redner daran, daß sich nun unsere Krauter hinter der dicken Schutzzollmauer abrackern werden, um zu zeigen, daß es ihnen mit ihren Worten ernst ist. Es kommt ihnen weniger darauf an, sich dieses Vertrauens würdig zu erweisen, als in aller Ruhe Geld, und zwar viel Geld, zu verdienen. Im übrigen wollen sie mit solchen Phrasen nur vom bösen Kern des Schutzzolls ablenken, ähnlich wie die Reichsregierung mit ihrem Preissenkungsmanöver.

## Bekanntmachungen

**Hannover.** Gehilfenkurse für Gärtner bei der städtischen gewerblichen Berufsschule. Die städtische Berufsschule hat sich bereit erklärt, eine Sonderklasse für Gärtnergehilfen einzurichten. Zunächst beginnen folgende Kurse:

I. Botanik, mit besonderer Berücksichtigung der Gehölzkunde (mit Lichtbildern). Lehrer: Gartenbau-Inspektor Schary. Beginn: Mittwoch, den 14. Oktober, abends 1/8 Uhr, in der Berufsschule III, Wiesenstraße 14. Weitere Folge: Jeden Mittwochabend. Dauer: 20 Abende. Honorar: 6 M., zahlbar vierteljährlich 3 M.

II. Bodenkunde und Düngerlehre (mit praktischen Versuchen). Lehrer: Gartenbau-Direktor Huber. Beginn: Sonnabend, den 17. Oktober, abends 1/8 Uhr, in derselben Schule. Weitere Folge: Jeden Sonnabendabend. Dauer: 20 Abende. Honorar: 6 M., zahlbar vierteljährlich 3 M.

Durch die zugesagte Unterstützung der Berufsverbände ist eine bedeutende Verbilligung des Honorars eingetreten. Arbeitslose erhalten Vergünstigungen. Jedem Teilnehmer wird nach lückenlosem Besuch der Kurse eine Bescheinigung ausgestellt, welche bei Bewerbungen und Obergärtnerprüfungen von Nutzen sein wird. Wir sehen einer regen Beteiligung der Kollegen

entgegen. Anmeldungen sind bis spätestens Mittwoch, den 30. September an den Unterzeichneten einzureichen.

W. Adam.

**Wiesbaden.** Unsere Obst- und Blumenausstellung findet am Samstag, den 3. und Sonntag, den 4. Oktober im großen Saal, der Wartburg, Schwalbacherstr., statt. Sie beginnt am 3. Oktobervormittags 10 Uhr und bleibt geöffnet bis abends 8 Uhr. Sonntag, den 4. Oktober ist sie von 8—6 Uhr geöffnet. Anschließender Ball. Die Ausstellung verspricht, namentlich in bezug auf darreichhaltige, mit Namen versehene Obstsortiment, recht interessant und lehrreich zu werden. Wir empfehlen daher allen Kollegen und deren Angehörigen, diese Ausstellung zu besuchen.  
Der Vorstand.

## Sterbetafel

Am 31. August starb das Mitglied der Ortsverwaltung Köln, der Kollege **Engelbert Ortwein** im 32. Lebensjahre.  
Ehre seinem Andenken!

## Gärtner-Krankenkasse (Ersatzkasse)

Hamburg 21

In der am 11. und 12. August d. J. in Leipzig stattgefundenen Generalversammlung wurde die Gewährung von Arzeneien und die Erhöhung des Sterbegeldes in der Familienversicherung und für Mitglieder die Erhöhungen der Leistungen für ahnersatz und größere Heilmittel beschlossen. Eine neue Beitragsklasse wurde geschaffen, außerdem können Witwen verstorbener langjähriger Mitglieder die Versicherung aufrechterhalten. Die näheren Ausführungen dazu erfährt man Ende dieses Monats in den Verwaltungsstellen der Krankenkasse.



**SÜDDEUTSCHE GARTENBAU-AUSSTELLUNG LUDWIGSHAFEN A/RH**



*Olivenpflanzungen*  
Saxophon, Sprechapparate, Fabrikation.  
Groß-Katalog gratis. Fabrikdirekt. Neell.  
Schallpl. v. St. 2,30 M. Groß-Bez. Nachf.  
Rlingenhal Ca. 516 Gegr. 1872

**Raumschulen-Besitzern zur Beachtung**  
Selbstgeerntete  
**Myrabolan-Pflaumen-Kerne**  
(prunus myrabolana)  
**Damascener-Pflaumen-Kerne**  
(prunus damascena)  
**Gewöhnliche Aprikosen-Kerne**  
(prunus armeniaca vulgaris)  
weit billiger als zum Tagespreise liefert  
jedes Quantum:  
**BELA DEMETER**  
NY IREOYHAZA (Ungarn)

Kinderloses, solides  
**älteres Ehepaar**  
nach **Werder a. H.** für 4 Morgen  
Obstgrundstück mit freier  
Kost und Wohnung gesucht.  
Schriftliche Angebote.  
**Ernst Schwanebeck, Berlin W 62**  
Lutherstraße 30, Restaurant

Mein neuestes Preisverzeichnis über  
**Haarlemmer Blumenzwiebeln, Knollen, Pflanzen u. Herbstsämereien**  
usw. steht auf Wunsch postfrei zu Diensten. Gebe stets den höchsten Rabattsatz  
**H. Wehrenpflennitz**  
GROSSGÄRTNEREI u. SAMENZUCHT  
QUEDLINBURG i. HARZ

**Gärtner-Lehranstalt Oranienburg bei Berlin**  
Gegründet 1897  
Viersemestrige Fachschule der Landwirtschaftskammer für die Provinz Brandenburg und für Berlin (auch für Absolventen anderer zweisemestr. Schulen)  
Beginn des Wintersemesters Anfang Oktober.  
1. Allgemeiner Lehrgang für Gehilfen (2 Semester).  
2. Höherer (Techniker-) Lehrgang (weitere 2 Semester).  
3. Vorbereitungskursus (1 Semester in Elementarfächern).  
4. Praktische Ausbildung in der Versuchs- und Lehrgärtnerei der Gärtner-Lehranstalt (52 Morgen Areal, Gärtnerei, Obstplantage, Gartenanlagen).  
Der Unterricht wird erteilt von 4 Gartenlehrern, 4 wissenschaftlichen Lehrern, 1 Elementarlehrer u. 2 Hilfslehrern. Preiswerte Verpflegung für Intern. Prospekte u. alles Nähere durch die Direktion.

**Lehranstalt für Obst- und Gartenbau Proskau O.-S.**  
der Landwirtschaftskammer Schlesiens  
Aufgabe der Anstalt:  
Gärtnergehilfen eine zeitgemäße theoretische Ausbildung und praktische Weiterbildung zu vermitteln.  
Aufnahme: Anfang April und Anfang Oktober.  
Dauer des Lehrganges: 1 Jahr.  
Schulgeld und Pension: (Internat) z. Zt. jährlich 350,— M.  
Prospekte und weitere Auskunft kostenfrei durch die Direktion

## Holländische Blumenzwiebeln

aus unseren eigenen Züchtungen in Holland empfehlen:

**J. W. Beisenbusch, Komm.-Ges.**  
Dorsten i. W.

Preisverzeichnisse werden auf Wunsch zugesandt

**Gärtnerwagen**  
Verschlusskaster, gut erhalten, verkauft  
Schumann, Berlin, Soesterstr. 3

**Lehrling gesucht**  
Für Berliner Samenhandlung  
**Rich. Grösse Nachf.**  
Bin. SW II, Anhaltstr. 14

*Bei Einkäufen bitten wir, die Inserenten unserer Zeitung zu berücksichtigen.*